

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Fedor Nocke	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Amanda Palenberg	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Dr. Tina Denninger	Beauftragte für Menschen mit Behinderung
Herr Jörn-Michael Westphal	ProPotsdam
Herr Daniel Zeis	AWO Potsdam
Herr Sebastian Anderka	Fachbereich Stadtplanung
Frau Dr. Birgit-Katharine Seemann	Fachbereich Kultur und Museum
Frau Dr. Kristina Böhm	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion

Schriftführer/in:

Frau Martina Spyra GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28.03.2023
- 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 3.1 Bericht der Vorsitzenden des Migrantenbeirates
- 4 Vorstellung der Ergebnisse des 1. Potsdamer Fachgesprächs der Suchthilfe und
Suchtprävention
- 5 Bericht über den Fortgang der Aufstellung der Organisationseinheit
Medizinischer Bevölkerungsschutz
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen
Vorlage: 23/SVV/0130
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage –
- 6.2 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0177
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage –

- 6.3 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
2. Lesung
- 6.4 Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt
Vorlage: 23/SVV/0336
Fraktion CDU
- 6.5 Innenstadt neu beleben
Vorlage: 23/SVV/0351
Fraktion CDU
- 6.6 Notfallbänke in Parks und Grünanlagen
Vorlage: 23/SVV/0359
Fraktion CDU
- 6.7 Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung
Vorlage: 23/SVV/0372
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 6.8 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)
Vorlage: 23/SVV/0381
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6.9 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit
Vorlage: 23/SVV/0404
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 6.10 Barrieren für Menschen mit Sinnesbehinderungen abbauen und kulturelle Teilhabe erleichtern
Vorlage: 23/SVV/0388
Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.11 Eingliederungskonzept für die Sonderbauprogrammstandorte
Vorlage: 23/SVV/0353
Fraktion CDU
- 6.12 Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen
Vorlage: 23/SVV/0402
Fraktion Freie Demokraten
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Bereitstellung von Periodenprodukten in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: 23/SVV/0431
Kommunaler Immobilien Service
- 7.2 Mieter:innen langfristig schützen – Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen
Vorlage: 23/SVV/0441
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 7.3 Pflege vor Ort – Anträge für 2022/ Umsetzung der Richtlinie Pflege vor Ort
- 7.4 Neue Aufgaben des Betreuungsrechts
- 7.5 Projekt Poolen von Schulassistenten
- 7.6 Impfwoche des ÖGD
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.03.2023

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 28.03.2023 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird 5 Zustimmungen und 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Anschließend schlägt Herr Adler folgende Änderungen zur Tagesordnung vor: TOP 6.1 „Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen“ (DS 23/SVV/0130) wird in der Reihenfolge der Beratung vorgezogen und nach TOP 3.1 beraten.

Alle Mitteilungen der Verwaltung zu den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.6 liegen schriftlich vor. Es wird verabredet, dass alle Tagesordnungspunkte einzeln aufgerufen und Fragen beantwortet werden.

Aufgrund des Umfangs der Tagesordnung bittet Herr Adler alle Anwesenden, sich kurz zu fassen.

Herr Adler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Die vorliegende Tagesordnung wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrantinnenbeirates sowie der Bericht des Seniorenbeirates liegen schriftlich vor.

Herr Dr. Scharfenberg spricht die krankheitsbedingt aktuell nicht besetzte Stelle im Seniorenbüro an.

Daraufhin berichtet Herr Mundt, dass der Einsatz einer Aushilfskraft im Rahmen geringfügiger Beschäftigung geplant war. Dies wurde von den zuständigen Stellen der Stadt abgelehnt. Eine Lösung wurde nicht angeboten. Auch die Organisationsuntersuchung zur Zuordnung der Beiräte ist noch nicht abgeschlossen.

Frau Meier erklärt, dass Frau Kitzmann dazu aussagefähig ist. Frau Kitzmann nimmt aktuell an der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport teil und kann dann im TOP „Sonstiges“ berichten.

Frau Dr. Denninger informiert, dass die Bewerbungsphase für die Kandidatur für den Beirat für Menschen mit Behinderung am 16.05.2023 begonnen hat. Sie berichtet über die zu Ende gegangenen Inklusionstage mit ca. 55 Veranstaltungen von ca. 35 Anbietenden. Auch 2024 sollen wieder Inklusionstage durchgeführt werden.

zu 3.1 Bericht der Vorsitzenden des MigrantInnenbeirates

Der Bericht liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Vorstellung der Ergebnisse des 1. Potsdamer Fachgesprächs der Suchthilfe und Suchtprävention

Frau Dr. Böhm (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) erinnert daran, dass die Durchführung des Fachtages durch den GSWI-Ausschuss beauftragt wurde. Der Fachtag hat am 14.10.2022 stattgefunden. Von Seiten der Stadtverordnetenversammlung war ein Vertreter anwesend.

Herr Zeis (AWO Potsdam) weist darauf hin, dass die Vergabe der Suchtberatung europaweit ausgeschrieben wurde. Die nächste Ausschreibung muss 2027 erfolgen. Er äußert den Wunsch, dass ein Beschluss gefasst wird, um die Suchtberatung nicht im Rahmen von EU-Vergaben ausschreiben zu müssen. Herr Zeis betont, dass das Interesse der Träger darin bestehe, auf Augenhöhe zu kommen und vor 2027 eine Lösung zu finden.

Frau Tietz stellt anhand einer Präsentation die strukturellen Herausforderungen dar.

Frau Meier sagt zu, zusammen mit der Vergabestelle vertiefend zu prüfen, welche Rechtsprechungen es zulassen, auf Zuschuss umzusteigen. Die Verwaltung muss einen Auftrag bekommen. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um in den Zuschuss kommen zu können.

Nach einer kurzen Verständigung geben die Mitglieder des GSWI-Ausschusses zu Protokoll, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Suchtberatung und Suchtprävention ab 2027 nicht mehr als Vergabe (Vergaberecht) erfolgt, sondern als Zuschuss.

zu 5 Bericht über den Fortgang der Aufstellung der Organisationseinheit Medizinischer Bevölkerungsschutz

Frau Dr. Böhm (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) informiert, dass die Organisationseinheit Medizinischer Bevölkerungsschutz seit November 2022 als Stabsstelle im Gesundheitsamt installiert ist. Die Stabsstelle besteht aus drei Mitarbeiterinnen.

Schwerpunkte sind insbesondere die Erarbeitung von Strategien und Konzepten zu gesundheitsfördernden und gesundheitserhaltenden Maßnahmen für die Gesamtbevölkerung, z.B. zum Hitzeschutz.

Des Weiteren übernimmt der Medizinische Bevölkerungsschutz Aufgaben innerhalb der LHP zur Lagedarstellung, Lagekoordination und leitet Maßnahmen zur Bewältigung von medizinischen Lagen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Öffentlicher Gesundheitsdienst ein. Die Stabstelle ist auch mit dem Land vernetzt.

Zur Stadtverordnetenversammlung am 07.06.2023 wird das Hitzeschutzkonzept vorgelegt. Auch am Tag des Bevölkerungsschutzes am 24.06.2023 wird die Organisationseinheit Medizinischer Bevölkerungsschutz präsent sein.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen

Vorlage: 23/SVV/0130

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Herr Westphal (ProPotsdam) stellt anhand einer Präsentation die Vermietungsprozesse der Pro Potsdam vor. Er betont, dass ca. 50 % der Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung belegt sind.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) ergänzt, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nur um einen sehr geringen Anteil der Wohnungen der Pro Potsdam handelt.

Auf Nachfrage bezüglich der Vergabe von behindertengerechten Wohnungen teilt Herr Westphal mit, dass Rollstuhlfahrer über Frau Dr. Denninger im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit einer entsprechenden Wohnung versorgt werden. Er teilt mit, dass es weitere Kooperationsvereinbarungen u.a. mit den Stadtwerken, der Feuerwehr, dem Klinikum Ernst von Bergmann und der Landeshauptstadt Potsdam gibt.

Es erfolgt eine kurze Verständigung zum Umgang mit dem Antrag.

Herr Heuer schlägt vor festzustellen, dass der Antrag erledigt ist.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die **Feststellung der Erledigung des Antrages**.

zu 6.2 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0177

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass die zugesagte Prüfung erfolgt ist. Es wurden Gespräche mit der Diakonie, dem Migrantenbeirat und der Migrationsbeauftragten geführt.

Das Programm ist bis mindestens Oktober 2023 ausgesetzt. Deshalb schlägt Herr Jekel vor, einen anderen Weg zu beschreiten und dies mit einem Träger im Rahmen des Programms Willkommen in Brandenburg umzusetzen.

Frau Hussain ergänzt, dass Anträge gestellt werden können, diese aber nicht bearbeitet werden.

Herr Fröhlich beantragt die Zurückstellung des Antrages bis November 2023.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die **Rückstellung des Antrages bis November 2023**.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

zu 6.3 **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

2. Lesung

Frau Vandre verweist auf die 8 Änderungsanträge der Rathauskooperation, die den Mitgliedern des GSWI-Ausschusses kurz vor der Sitzung zugeschickt wurden. Sie bringt die einzelnen Anträge ein und schlägt vor, über diese im Block abzustimmen.

Es erfolgt eine Verständigung zum Umgang mit den vorliegenden Änderungsanträgen verbunden mit der Kritik, dass diese nicht fristgerecht eingereicht wurden.

Herr Dr. Scharfenberg bringt folgenden **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE** ein:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Zum Geschäftsbereich 3

1. Streichung der fünf neuen Stellen Kommunales Krisenmanagement
2. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sozialarbeiter/in Kinder und Jugend
3. Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Projektkoordination soziales Wohnen
4. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Stadtteilkoordination

Herr Heuer stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Beim Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE erfolgt lediglich die Abstimmung zum Geschäftsbereich 3 und dabei soll über die Ziffer 1 getrennt von den Ziffern 2, 3 und 4 abgestimmt werden.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Zum Geschäftsbereich 3

1. Streichung der fünf neuen Stellen Kommunales Krisenmanagement
2. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sozialarbeiter/in Kinder und Jugend
3. Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Projektkoordination soziales Wohnen
4. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Stadtteilkoordination

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer 1:

Mit 3 Zustimmungen und 5 Ablehnungen abgelehnt.

Zu Ziffer 2, 3 und 4:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Enthaltungen angenommen.

Frau Vandre bringt folgende **8 Änderungsanträge der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Sozial. DIE LINKE** ein:

1. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

1. Es ist sicherzustellen, dass alle SuS an den öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der LH Potsdam, die einen Anspruch auf kostenloses Mittagessen nach der bestehenden Härtefallregelung haben, diesen Anspruch ohne eine Vorfinanzierung in Anspruch nehmen können.
2. Ab dem 01.01.2024 wird der Portionspreis für ein Mittagessen an allen öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der Stadt auf 3,50 € begrenzt.
3. Ergänzend soll untersucht werden, worin die Ursachen für die teilweise geringe bzw. abnehmende Teilnahme an der Schülerspeisung bestehen. In die Untersuchung/Prüfung einbezogen werden sollen u.a. folgende Aspekte:
 1. Wirksamkeit und Praktikabilität der bestehenden Härtefall- und BuT-Regelungen.
 2. Zusammenhang zwischen häuslicher Einkommenssituation, Preis der Mahlzeiten und Teilnahme an der Schulspeisung
 3. Eignung von Preisanpassungsmodellen wie Deckelung analog zu Hort/Kita und Studentenwerk.
 4. Kostenbeteiligung der Kommunen, deren Schülerinnen und Schüler in Potsdam beschult werden
 5. Zusammenhang zwischen Qualität der Essensversorgung (Mahlzeiten, Umfeld zur Einnahme, Ernährungsbildung, Wertschätzung der Produkte...) und Inanspruchnahme.
 6. Diskussion mit den SchülerInnen- und Elternvertretungen hinsichtlich der zukünftigen Kostenentwicklung und Vergabeentscheidungen. Über die Ergebnisse soll im ersten Quartal 2024 der SVV berichtet werden.

2. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das Angebot einer kostenlosen Frühstücksversorgung ist im Schuljahr 2023/24 auf alle Potsdamer Grundschulen auszuweiten und in den Folgejahren zu verstetigen.

Der Haushaltsansatz ist 2023 um 100.000 € und für die Folgejahre um 250.000 € zu erhöhen.

3. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 24200 „Fördermaßnahmen für Schüler“ des Fachbereichs 23 sind ab dem Jahr 2024 je **20.000€ zusätzlich zur Versorgung aller Schulen mit kostenlosen Menstruationshygieneartikel** einzustellen.

4. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 31560 „Soziale Einrichtungen für Frauen“ des Fachbereich 39 ist ab dem Jahr 2023 **0,5 zusätzliche VZE zur Förderung Frauenhaus** einzustellen.

5. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

- (1) Die Förderung für das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. ist für das Haushaltsjahr 2024 um 15.600,- € zu erhöhen. Die Auszahlung des erhöhten Ansatzes ist an den Abschluss eines Mietvertrages mit der PWG

„Karl Marx“ zu koppeln.

- (2) Ab dem Haushaltsjahr 2025 ist die erhöhte Förderung entsprechend zu verstetigen (mind. 20.000,- € p.a.), um den erhöhten Mietaufwand dauerhaft abzusichern.

Deckungsquelle für 2024:

Nicht verausgabte Personalmittel Stelle Gleichstellungsbeauftragte in 2023

6. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 31550 „Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ des Fachbereichs 39 sind für die Jahre 2023 und 2024 je **drei zusätzliche VZE für Einbürgerungsverfahren** einzustellen.

7. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 52201 „Soziale Wohnraumversorgung“ des Fachbereich 39 ist ab 2023 **eine zusätzliche VZE für das Projekt bezahlbares Wohnen** einzustellen.

8. Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 28404 „Nachbarschafts- und Begegnungshäuser“ des Fachbereich 39 sind ab 2023 **zwei zusätzliche VZE für die Stadtteilkoordination** einzustellen.

Abstimmungsergebnis zu allen 8 Änderungsanträgen:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Ablehnungen angenommen.

Herr Eichert stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Vertagung der Änderungsanträge der Rathauskooperation.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Herr Adler bittet um ein Votum bezüglich der Abstimmung über die 8 Änderungsanträge der Rathauskooperation im Block. Gegen die Abstimmung im Block erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend stellt er die **8 Änderungsanträge der Rathauskooperation im Block zur Abstimmung**.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Ablehnungen angenommen.

Herr Brödno bringt folgenden **Ergänzungsantrag Fraktion DIE aNDERE** ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 228.000 Euro **für die Umsetzung des Beschlusses 22/SVV/0124 Kostenübernahme für Verhütungsmittel** einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 1 Zustimmung, 6 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Frau Becker gibt zu Protokoll, dass der Beschluss der entsprechenden Änderungsanträge dem verabredeten Vorhaben der Haushaltseinsparungen entgegensteht.

Herr Eichert stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Vertagung der Abstimmung zur Haushaltssatzung 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung **abgelehnt**.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023/2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Mit folgenden Änderungen:**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag Zum Geschäftsbereich 3**

2.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sozialarbeiter/in Kinder und Jugend

3.Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Projektkoordination soziales Wohnen

4.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Stadtteilkoordination

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

4. Es ist sicherzustellen, dass alle SuS an den öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der LH Potsdam, die einen Anspruch auf kostenloses Mittagessen nach der bestehenden Härtefallregelung haben, diesen Anspruch ohne eine Vorfinanzierung in Anspruch nehmen können.
5. Ab dem 01.01.2024 wird der Portionspreis für ein Mittagessen an allen öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der Stadt auf 3,50 € begrenzt.
6. Ergänzend soll untersucht werden, worin die Ursachen für die teilweise geringe bzw. abnehmende Teilnahme an der Schülerspeisung bestehen. In die Untersuchung/Prüfung einbezogen werden sollen u.a. folgende Aspekte:
 1. Wirksamkeit und Praktikabilität der bestehenden Härtefall- und BuT-Regelungen.
 2. Zusammenhang zwischen häuslicher Einkommenssituation, Preis der Mahlzeiten und Teilnahme an der Schulspeisung
 3. Eignung von Preisanpassungsmodellen wie Deckelung analog zu Hort/Kita und Studentenwerk.
 4. Kostenbeteiligung der Kommunen, deren Schülerinnen und Schüler in Potsdam beschult werden
 5. Zusammenhang zwischen Qualität der Essensversorgung (Mahlzeiten, Umfeld zur Einnahme, Ernährungsbildung, Wertschätzung der Produkte...) und Inanspruchnahme.
 6. Diskussion mit den SchülerInnen- und Elternvertretungen hinsichtlich der zukünftigen Kostenentwicklung und Vergabeentscheidungen. Über die Ergebnisse soll im ersten Quartal 2024 der SVV berichtet werden.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das Angebot einer kostenlosen Frühstücksversorgung ist im Schuljahr 2023/24 auf alle Potsdamer Grundschulen auszuweiten und in den Folgejahren zu verstetigen.

Der Haushaltsansatz ist 2023 um 100.000 € und für die Folgejahre um 250.000 € zu erhöhen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 24200 „Fördermaßnahmen für Schüler“ des Fachbereichs 23 sind ab dem Jahr 2024 je **20.000€ zusätzlich zur Versorgung aller Schulen mit kostenlosen Menstruationshygieneartikel** einzustellen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 31560 „Soziale Einrichtungen für Frauen“ des Fachbereich 39 ist ab dem Jahr 2023 **0,5 zusätzliche VZE zur Förderung Frauenhaus** einzustellen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

(3) Die Förderung für das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. ist für das Haushaltsjahr 2024 um 15.600,- € zu erhöhen. Die Auszahlung des erhöhten Ansatzes ist an den Abschluss eines Mietvertrages mit der PWG „Karl Marx“ zu koppeln.

(4) Ab dem Haushaltsjahr 2025 ist die erhöhte Förderung entsprechend zu verstetigen (mind. 20.000,- € p.a.), um den erhöhten Mietaufwand dauerhaft abzusichern.

Deckungsquelle für 2024:

Nicht verausgabte Personalmittel Stelle Gleichstellungsbeauftragte in 2023

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 31550 „Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ des Fachbereichs 39 sind für die Jahre 2023 und 2024 je **drei zusätzliche VZE für Einbürgerungsverfahren** einzustellen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 52201 „Soziale Wohnraumversorgung“ des Fachbereich 39 ist ab 2023 **eine zusätzliche VZE für das Projekt bezahlbares Wohnen** einzustellen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In 28404 „Nachbarschafts- und Begegnungshäuser“ des Fachbereich 39 sind ab 2023 **zwei zusätzliche VZE für die Stadtteilkoordination** einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

zu 6.4 **Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt**

Vorlage: 23/SVV/0336

Fraktion CDU

Herr Fröhlich bittet darum, dass im September 2023 im GSWI berichtet wird.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie im Bereich Filmmuseum/Alter Markt eine barrierefreie öffentliche Toilette gemäß DIN 18040-1 errichtet werden kann, so dass diese für Menschen mit begrenzten motorischen Einschränkungen sowie für blinde und sehbehinderte Menschen nutzbar ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 6.5 Innenstadt neu beleben
Vorlage: 23/SVV/0351
Fraktion CDU

Herr Eichert bringt die neue Fassung des Antrags vom 02.05.2023 ein.

Herr Frerichs erklärt, dass die Verwaltung den Antrag annimmt.

Frau Vandre lehnt den Antrag ab und begründet dies.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die Fassung des Antrages vom 02.05.2023 zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ergänzend zu „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ die Erkenntnisse und Anregungen der Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt" (21/SVV/1236) in ein Konzept „Erlebnisraum Innenstadt“ für Potsdam zu erarbeiten. Das Konzept soll der Geschäftsentwicklung, der Ingangsetzung, der Gründungs- und der Anschubfinanzierung für Gewerbe mit Erlebnischarakter dienen. Für ein mögliches Investitionsprogramm sollen Landes- und Bundesfördermittel und weitere Finanzierungsoptionen geprüft und falls möglich genutzt werden. Das Konzept soll den Wandel der Innenstadt als Gastronomie- und Einzelhandelsstandort zum Erlebnisraum nachhaltig finanziell und verwaltungsseitig begleiten und unterstützen. Die Einbeziehung der IHK, der Handwerkskammer, der Händlervereinigungen und Berufsverbände sowie der Immobilienwirtschaft ist zu prüfen und anzustreben. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2023 ein erster Bericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen und 6 Ablehnungen **abgelehnt.**

zu 6.6 Notfallbänke in Parks und Grünanlagen
Vorlage: 23/SVV/0359
Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Meier weist darauf hin, dass durch die Leitstelle der Feuerwehr die Ortung der Handys favorisiert.

Herr Eichert erklärt, dass dies ergänzend dazu erfolgen soll.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Potsdamer Park- und Grünanlagen, die Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie die öffentlich zugänglichen privaten Parks zusammen mit den Eigentümern und den Rettungsorganisationen zu prüfen, wo sinnvollerweise Notfall- und Ruhebänke,

die besonders gekennzeichnet und registriert sind, einzurichten, um im Notfall gezielt als Anlaufpunkt genutzt werden zu können.

Den Ausschüssen für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und Ordnung und Sicherheit ist bis Dezember 2023 das Ergebnis vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung **abgelehnt**.

zu 6.7 Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung

Vorlage: 23/SVV/0372

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Anderka bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die in der beiliegenden Karte (Anlage 1) näher bezeichneten Gebiete werden durch Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam als Fördergebiete für die Wohnungsbauförderprogramme des Landes Brandenburg festgelegt. Es handelt sich dabei um die derzeit vom Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg bestätigten Gebietskulissen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und dem Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg die Ausweitung der Fördergebietskulisse gemäß der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 06.12.2017 (DS 17/SVV/0686) und vom 04.12.2019 (DS 19/SVV/1296) auf das gesamte Stadtgebiet voranzutreiben, das gilt insbesondere für das gesamte Entwicklungsgebiet Kramnitz und für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 dargestellten Untersuchungsräume.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 6.8 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)

Vorlage: 23/SVV/0381

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Adler stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 6.9 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit
Vorlage: 23/SVV/0404

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Vandre bringt den Antrag ein und betont dabei, dass es darum geht, vor Ort durch Aufbau einer starken Zivilgesellschaft eine Sensibilisierung zu schaffen. Sie ergänzt daher den ersten Satz des Antrages wie folgt: „Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekannt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils...“

Frau Meier informiert, über die bisher unternommenen sowie die noch anstehenden Maßnahmen und teilt mit, dass ein weiteres Treffen noch vor der Sommerpause stattfinden soll.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekannt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils (inklusive Beteiligung von Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, sowie Lehrkräften und Ortsbeirat), Vertreter:innen der Universität Potsdam (inklusive Studierendenvertreter:innen, Studierendenwerk, Mitarbeiter:innen und Hochschulleitung), sowie Vertreter:innen der Stadt (inklusive Vertreter:innen der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses) an.

Ziel soll die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Vermeidung weiterer Übergriffe sein. Hierfür ist die kontinuierliche Aufklärung über und die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren Diskriminierungsformen ebenso notwendig, wie die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der Oberbürgermeister wird dazu aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des 2. Quartals auf Grundlage des Austausches ein Maßnahmenpaket mit kurz- und mittelfristig realisierbaren Strategien und Projekten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen.**

zu 6.10 Barrieren für Menschen mit Sinnesbehinderungen abbauen und kulturelle Teilhabe erleichtern

Vorlage: 23/SVV/0388

Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Seemann macht deutlich, dass der Fachbereich Kultur und Museum den Antrag begrüßt, da es bisher kein Leitsystem für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen gibt. Hier sind die Akteure am Standort mit einzubeziehen, aber auch weitere Bereiche der Verwaltung. Es handelt sich um ein sehr komplexes Vorhaben.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass es bereits einzelne Maßnahmen ausgehend von den Kultureinrichtungen gibt, aber kein übergreifendes komplexes Konzept.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, mit welchen Maßnahmen im Kulturquartier

Schiffbauergasse modellhaft Barrierefreiheit für Menschen mit Sinnesbehinderungen hergestellt werden kann. Dabei soll überprüft werden, wo und wie mit einem Blindenleitsystem, weiteren taktilen Informationen oder anderen Maßnahmen der Zugang zur und die Orientierung innerhalb der Schiffbauergasse für blinde und sehbehinderte Menschen verbessert werden kann. Die Beauftragte und der Beirat für Menschen mit Behinderung sowie die Kultureinrichtungen am Standort sind einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 6.11 Eingliederungskonzept für die Sonderbauprogrammstandorte

Vorlage: 23/SVV/0353

Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Jekel verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, die schriftlich vorliegt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die bislang acht Standorte des Sonderbauprogramms - zwei in Golm, drei am Stern und je eines in Fahrland, am Schlaatz und in der Waldstadt – zu prüfen:

1. ob ein für das Umfeld/den Stadteil aufgrund von Segregation ein besonderes Eingliederungsprogramm erforderlich ist und
2. ggf. ein solches zu entwickeln. Dabei ist insbesondere auch zu prüfen, ob die soziale Infrastruktur den zu erwartenden Bedarf erfüllen kann und eine verträgliche soziale Durchmischung gewährleistet werden kann.

Das Ergebnis der Notwendigkeitsprüfung ist bis Oktober 2023 dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vorzutragen.

Die Vorlage der ggf. notwendigen Konzepte mit der Angabe der erforderlichen Maßnahmen und deren Umsetzung hat bis zur Fertigstellung der einzelnen Objekte zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung **abgelehnt**.

zu 6.12 Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen

Vorlage: 23/SVV/0402

Fraktion Freie Demokraten

Frau Becker bittet um **Zurückstellung der Drucksache bis zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses.**

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Rückstellung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen, 1 Ablehnungen angenommen

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Bereitstellung von Periodenprodukten in öffentlichen Gebäuden

Vorlage: 23/SVV/0431

Kommunaler Immobilien Service

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Mieter:innen langfristig schützen – Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen

Vorlage: 23/SVV/0441

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Pflege vor Ort – Anträge für 2022/ Umsetzung der Richtlinie Pflege vor Ort

Herr Nolde bittet darum, dass die Information über die Projekte, die gefördert werden, etwas ausführlicher gegeben werden.

Frau Kitzmann kündigt an, zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses eine weitere Information zu den Projekten auszureichen.

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Neue Aufgaben des Betreuungsrechts

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Projekt Poolen von Schulassistenten

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Frau Kitzmann erklärt auf Nachfrage bezüglich der Pool-Assistenzleistungen, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern damit nicht eingeschränkt wird.

zu 7.6 Impfwoche des ÖGD

Die Information liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

zu 8**Sonstiges**

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) erklärt mit Bezug auf die Nachfrage im TOP 3 zur Stelle im Seniorenbüro, dass für die Einstellung einer Person im Rahmen der geringfügigen Beschäftigung eine Stelle zur Verfügung gestellt, beschrieben und bewertet werden muss. Dies erfordert insgesamt eine relativ lange Bearbeitungszeit.

Die Nutzung eines Werkvertrages wurde vom zuständigen Fachbereich abgelehnt, so dass lediglich von Seiten des Fachbereichs Soziales und Inklusion Unterstützung gegeben werden muss, um den Seniorenbeirat zu unterstützen.

Frau Kitzmann teilt, dass die erkrankte Stelleninhaberin im Aussicht gestellt hat, am 25.05.2023 wieder ihren Dienst anzutreten.

Frau Dr. Denninger weist darauf hin, dass es sich hier um die Geschäftsstelle für den Seniorenbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderung handelt. Es wird also eine Lösung für beide Beiräte benötigt, da der Beirat für Menschen mit Behinderung demnächst gegründet wird.

Auf Nachfrage informiert Frau Kitzmann, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen der Tafel Potsdam und der Suppenküche noch nicht unterzeichnet ist. Sobald dies erfolgt ist, wird der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion darüber informiert.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 04. Juli 2023, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin